

Erinnerungen an die Gründungsphase der IGS Neumünster

Bernhard Brackhahn, 1. Schulleiter der IGS Neumünster-Brachenfeld

Die ersten Gesamtschulen bestanden Ende der 60er Jahre in Bremen, Hamburg, Hessen und Nordrheinwestfalen. Nicht nur die durch Picht ausgelöste Diskussion über die Bildungskatastrophe beförderte die schulischen Reformbemühungen, sondern vor allem auch die generelle Kritik an dem selektierenden gegliederten Schulwesen, das keine Gewähr bot für eine hinreichende Förderung aller Schülerinnen und Schüler. Darüber hinaus verlangten die starken Schülerjahrgänge nach Lösung akuter Schulraumprobleme. Die inhaltlich qualitativen und die materiellen Anforderungen an ein reformiertes Schulwesen belebte schlagartig das gestalterische Planen und Handeln von Bildungsplanern und Schulträgern.

Der deutsche Bildungsrat hatte nach langen Diskussionen und

Verhandlungen die Durchführung von 40 Versuchen mit integrativen Schulsystemen empfohlen. Diese Versuchsschulen sollten wissenschaftlich begleitet und die Ergebnisse ausgewertet werden. Die räumliche und materielle Ausstattung sicherten Bund, Land und Kommune, letztere als Schulträger. Die Landesregierung bewarb sich mit Erfolg um die Gründung von vier Schulen zur Erprobung schulartübergreifender und integrativer Unterrichtsformen. Dank des Engagements des damaligen Schuldezernenten der Stadt, Dr. Karl-Heinz Harbeck, erhielt die Stadt Neumünster den Zuschlag zur Gründung einer 6-zügigen integrierten Gesamtschule.

Zur Unterstützung der inhaltlichen und baulichen Planung des Versuchsprojekts berief die Stadt Neumünster einen Beirat, dem alle an Schulgestaltung interessierten Verbände, Gewerkschaften, Kreiselternvertretungen, Parteien, Bausachverständige und Architekten angehörten. Der Beirat war in der Regel mit 20 bis 25 Personen besetzt. Mich hatte der damalige Kreisvorsitzende des Verbandes der Realschullehrinnen und -lehrer (VDR) gebeten, den Verband, dem ich damals als Realschullehrer angehörte, im Beirat zu vertreten. Durch die parteipolitische Nähe des Kreisvorsitzenden zur FDP gab es in dem Kreisverband des VDR eine lebhafte Diskussion über schulreformerische Konzepte für die Realschule.

Der Beirat für die IGS Neumünster setzte drei Arbeitsausschüsse ein: „Pädagogische Konzeption der IGS“, „Raumprogramm der IGS“ und „Öffentlichkeitsarbeit für die IGS“. Ich habe maßgeblich in den ersten beiden mitgearbeitet. Beirat und Ausschüsse haben die Planung und Gestaltung der Gesamtschule von Mitte 1969 bis zur Eröffnung der Schule 1971 begleitet. Trotz

kritischer Distanz einer Reihe von Mitgliedern des Beirats waren die Sitzungen von Sachlichkeit und Respekt für ein Gelingen des Schulversuchs geprägt.

Außerordentlich zügig gelang mir durch die Zusammenarbeit mit einem Architekten und dank der Anregungen durch das Deutsche Schulbauinstitut innerhalb von 20 Arbeitsstunden die Vorlage eines Raumprogramms, das gebunden war an die damaligen pädagogischen und ökonomischen Vorstellungen hinsichtlich Planung und Gestaltung neuer Schulen. So war denn auch für den 5. und 6. Jahrgang das Klassenraumprinzip vorgesehen und ab dem 7. Jahrgang das Fachklassen-Modell, das sich in der Regel einem Lehrerzimmer der Fachlehrkräfte und einer Lehrmittelsammlung zugeordnet war. Da die IGS Neumünster von Anfang an als Ganztagschule geführt werden sollte, enthielt das Programm auch den dafür notwendigen Raumbedarf. Nach Genehmigung des Raumprogramms durch das Bildungsministerium war es dann auch Vorgabe für den Architektenwettbewerb.

Das Pädagogische Konzept der Schule gelang durch eine enge freundschaftliche Zusammenarbeit mit Kolleginnen und Kollegen des Pädagogischen Seminars der CAU. Für mich bot der regelmäßige Besuch des Pädagogischen Hauptseminars nach meinem 2. Examen für das Lehramt an Realschulen die gewünschte Gelegenheit, mich in Fragen der Schulreform im Allgemeinen und den der Gesamtschule im Besonderen fortzubilden. Diese Seminare wurden vom damaligen Dozenten Dr. H.G. Herrlitz geleitet. Mit ihm und seinen Mitarbeitern haben wir in sonntäglichen Arbeitssitzungen bei uns in Einfeld das Konzept erarbeitet und beschlussfähig gemacht. Nach Beratung im Beirat verabschiedete die Ratsversammlung die Pädagogische Konzeption für die IGS Neumünster. Das Konzept der Schule zeichnete sich durch ein ausgewogenes Verhältnis des klassenbezogenen und neigungs- und leistungsdifferenzierten Unterrichts aus. Der Weltkundeunterricht vereinte die Fächer Erdkunde, Geschichte und Religion. Das Fach Naturwissenschaften umfasste die Fächer Biologie, Physik und Chemie. Im Rahmen des Neigungs- und Eignungsbereichs sah die Konzeption die Fächer 2.Fremdsprache, Technik und Wirtschaft vor. Diese drei Fächer sollten inhaltlich so angelegt sein, dass sie bei entsprechender Leistung auch zum Besuch der gymnasialen Oberstufe berechtigten.

Nach mehreren Verhandlungen des Schuldezernenten und mir im Landesschulamt und im Kultusministerium wurden Raumprogramm und das pädagogische Konzept für die Versuchsschule IGS Neumünster schließlich Ende 1989 genehmigt. Die Umsetzung der Planung konnte beginnen.

Der Schulträger strebte die Eröffnung der Schule zum Schuljahresbeginn 1970/71 an und sicherte die notwendigen Räumlichkeiten in der Brachenfelder Grundschule, der jetzigen Timm-Kröger-Schule zu, und zwar zunächst für den ersten Jahrgang der IGS und nach baulicher Erweiterung der Schule auch für den folgenden. Die Fertigstellung des 1. Bauabschnitts der am Pestalozziweg war für den Beginn des Schuljahres 1973/74 geplant. Die Stadt Neumünster hatte damit die verbindlichen Voraussetzungen für die neue Schule geschaffen. Kultusministerium und Landesschulamt sagten zu, rechtzeitig die personelle Ausstattung der Schule und die umfängliche Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer zu sichern. Für die Fortbildung waren Fachdidaktiker, vor allem für die neuen Fächer notwendig. Für die Lern- und Verhaltensinhalte des sozialen Lernens mussten Fortbildungsmöglichkeiten geschaffen werden. Insgesamt mussten neue Lehrpläne für alle Fächer entwickelt werden, die den Anforderungen heterogen zusammengesetzter Lerngruppen/Klassen angemessen sein mussten. Die Schulaufsicht im Landesschulamt und die Planungsabteilung im Kultusministerium bestätigten zwar diese Anforderungen, hatten aber keine Perspektive, diese zu erfüllen. Die Vorstellung, die neuen Anforderungen ließen sich mit dem gesunden Menschenverstand und der schließlich vorhandenen fachlichen und pädagogischen Ausbildung und der gewonnenen Berufserfahrung bewältigen, konnte die an der Mitarbeit im Schulversuch interessierten Lehrerinnen und Lehrer nicht befriedigen, und die Bewerbung um Mitarbeit fiel denn auch eher bescheiden aus. Da das städtische Schulamt die Anmeldefrist für die IGS für das Schuljahr 1970/71 eröffnet hatte und die ersten Anmeldungen eintrafen, spitzte sich die ohnehin laufende öffentliche Diskussion über die Gesamtschule zu. Das Scheitern des Gesamtschulversuchs schien näher als das Gelingen eines tragfähigen Beginns. Schließlich musste der Start zum Schuljahresbeginn 1970/71 abgesagt werden.

Der Unterrichtsbeginn wurde nunmehr für den Beginn des Schuljahres 1971/72 festgelegt. Inzwischen hatte das Kultusministerium auch ein Referat für Schulversuche geschaffen, um den Verpflichtungen für den Schulversuch IGS Neumünster nachzukommen. Das Land hatte sich inzwischen erfolgreich um drei weitere Modelle mit schulartübergreifenden Bildungsgängen bemüht: Integrierte Gesamtschule Kiel-Friedrichsort, Kooperative Gesamtschule Elmshorn, Additive Gesamtschule Lütjenburg und Berufsschule Niebüll. In der öffentlichen Wahrnehmung genossen vor allem die IGS Neumünster, die IGS Kiel und die KGS Elmshorn erhöhte Aufmerksamkeit.

Im Januar 1970 wurde das Gründungskollegium berufen. Die versuchsbedingte Unterrichtsverpflichtung wurde auf wöchentlich 16 Stunden festgelegt. Sie

steigerte sich in jedem Jahr des Versuchsverlaufs um wöchentlich 2 Stunden. Außerdem sorgte das Kultusministerium für wissenschaftliche Begleitung bei der Erstellung neuer Lehrpläne für die integrierten Fächer und für die schulartübergreifenden Bildungsgänge. Darüber hinaus wurden Fortbildungsgänge für die Gestaltung des sozialen Lernens und für die Arbeit im Team bei der Unterrichtsvorbereitung und -durchführung ermöglicht.

Neben der Planung des Unterrichts und der Unterrichtsdurchführung liefen die Planungen für den Neubau, dessen Beginn für 1971 vorgesehen war. Der erste Bauabschnitt sollte zum Schuljahresbeginn 1973/74 bezugsfertig sein. Auf der Grundlage des vom Beirat und der Ratsversammlung genehmigten Raumprogramms schrieb das Hochbauamt der Stadt einen Architektenwettbewerb aus, der unter überregionalen Architektenbüros große Resonanz fand. Für die Beurteilung schulisch-unterrichtlicher Fragen wurde ich in das Preisrichterkollegium berufen. Den Zuschlag für den ersten Preis erhielt nach langer und intensiver Beratung der sechs eingereichten Wettbewerbsvorschläge das Architektenbüro „Patschan-Werner-Winking“ aus Hamburg.

Das Hamburger Büro setzte im Laufe des Jahres die Wettbewerbsplanungen in baureife Pläne um. In dieser Phase konnte ich in vielen Planungssitzungen die Interessen der Schule vertreten. Die Zusammenarbeit mit dem federführenden Hochbauamt gestaltete sich weniger erfreulich nach dem Motto: „Lehrer haben auf dem Baugelände und bei den Fachplanungen nichts zu suchen.“ Dennoch sind bei dem gesamten Schulbau noch heute die Anregungen der Schule in Struktur und Ausgestaltung festzustellen. Das Bauvorhaben stand unter anderem unter folgenden politischen Vorgaben: Fertigstellung des ersten Bauabschnitts innerhalb eines Jahres, Erprobung preiswerter Baumaterialien, Verwendung fertiger Baumodule. Hier erbrachte eine Zusammenarbeit mit den bauplanenden und bauausführenden Institutionen nur wenig Bereitschaft bei der Berücksichtigung schulischer Belange. Daraus ergab sich dann wenige Tage vor Bezug des Neubaus ein Dauerkonflikt mit dem Hochbauamt: Die vorgehängte Gebäudefassade hatte auf Grund der Nachmessung durch die Schule eine Brüstungsbreite von rd. 7 cm und eine Brüstungshöhe von knapp 80 cm. Jedes Fassadenelement war mit vollständig nach innen öffnenden Fenstern versehen. Zumindest die Fensterbrüstungshöhe verstieß eindeutig gegen die Schulbaubestimmungen, die eine Brüstungshöhe von 85-90 cm festlegen. Das Risiko, dass Schülerinnen/Schüler auch bei leichter Lebhaftigkeit hätten aus dem Fenster fallen können, war Anlass genug, den am nächsten Tag vorgesehenen Einzug in das Gebäude abzusagen. Die Sommerferien verlängerten sich damit um einige Tage. Es wurden dann mehrere bauliche

Änderungen sofort und später versucht. Letztlich wurden die Fenster zugeworfen, zwei konnten dann zur Lüftung etwa gut handbreit geöffnet und durch eine technische Vorrichtung an einer weiteren Öffnung gestoppt werden.

Die Baumängel haben das Kollegium jahrelang beschäftigt: Die sicherheitstechnischen Einrichtungen wurden ständig von der Feuerwehr bemängelt; Lüftung und Klimaanlage reagierten entsprechend den Außentemperaturen nicht regelgerecht; das sogenannte „umgekehrte Dach“ mit der angeblich besseren Wärmedämmung war undicht, und die Papierkörbe zum Auffangen des Regenwassers konnten ihrem eigenen Zweck erst wieder zugeführt werden, nachdem die Schule ein Pultdach bekam; Bau- und Herstellermängel vertrat die Schule eher selbst, damit die Reklamationsfristen nicht versäumt wurden. Wir hatten Zeiten, zu denen wir nicht mehr wussten, ob unser beruflicher Schwerpunkt in baufachlicher oder schulfachlicher Gestaltung lag.

Die schulpolitischen öffentlichen Diskussionen, Unterstellungen und Diffamierungen in den ersten IGS Jahren stellten ebenfalls Anforderungen, die eher zum Berufsfeld des politisch strategischen Managements passten als zum unterrichtlichen und erzieherischen Gestaltungsauftrag einer Schulleitung. Alle Wahltermine für Kommune, Land und Bund waren Anlässe für örtliche Kandidatinnen und Kandidaten, die Gesamtschulen im Allgemeinen und die IGS Neumünster im Besonderen je nach politischer Farbe in ihren Vorteilen und in ihren Nachteilen zu preisen oder zu diffamieren.

Nach dem Einzug in den Neubau zu Beginn des Schuljahres 1973/74 mehrten sich die Anfragen nach Besichtigung und Information. Parteien, Verbände, Gewerkschaften, Kommunen, einzelne Schulen, Schülervertretungen und Elternbeiräte sowie Wirtschaftsverbände wollten sich über die pädagogische Konzeption, über den Neubau, Bewirtschaftung und Akzeptanz unterrichten. Vor allem die Tatsache, dass die Schule fast jährlich doppelt so viele Anmeldungen hatte als Plätze zur Verfügung standen, rief hier und da auch bei Gesamtschulgegnern Nachdenklichkeit hervor.

Landespolitisch strittige Themen und Vorhaben erreichten immer auch die älteren Jahrgänge. Den Bau des Atomkraftwerks Brokdorf begleiteten eine breite Diskussion der Gegner und Befürworter und vor allem heftige Demonstrationen vor Ort. In der Schule führte diese Auseinandersetzung zur Verteilung von Informationen und Presseartikeln, die auch am Infobrett befestigt wurden. Schulausschussmitglieder der CDU in der Ratsversammlung befürchteten offenbar eine einseitige parteipolitische Beeinflussung der

Schülerinnen und Schüler und erschienen unangemeldet in der Schule und untersuchten Ablagen und Anschläge. Sie verschwanden dann ohne Rücksprache mit einem Mitglied der Schulleitung. Um die politische Unabhängigkeit zu belegen, waren zwei Anschlagbretter vorgesehen für Informationen der Befürworter des Atomkraftwerks und für Informationen der Gegner des Atomkraftwerks. Das Infobrett der Gegner war immer mit den neuesten Nachrichten versehen; das Infobrett der Befürworter blieb leer.

Ein weiteres Beispiel für die parteipolitische Beobachtung der Schule bot der Bundestagswahlkampf, bei dem sich Helmut Kohl in einer bundesweit verbreiteten Zeitungsanzeige gegen die Gesamtschule als angebliche Einheitsschule wandte und das gegliederte Schulwesen als Schule für eine gerechte Leistungsförderung kennzeichnete. Die SPD in Neumünster kennzeichnete im Rahmen eines Flugblatts die Gegenposition. Diese Flugblätter lagen auf der Ablage beim Infobrett für die Lehrkräfte. Ich hatte die ausliegenden Blätter entfernt. Eine Verteilung konnte noch gar nicht stattgefunden haben. Die Schülerunion musste dennoch über die Existenz dieser Flyer informiert gewesen sein. Jedenfalls erschien am darauffolgenden Tag ein ausführlicher Leserbrief in der örtlichen Tageszeitung mit diffamierenden Äußerungen über die angebliche einseitige parteipolitische Indoktrinierung der Schülerschaft an der Gesamtschule. Nach Rücksprache mit dem Landesschulamt als zuständiger Schulaufsicht wurde mir eine Stellungnahme untersagt. Diese wollte das Landesschulamt zu gegebener Zeit selbst abgeben. Nach meiner Einschätzung war aber eine unmittelbare kurzfristige Leserbriefantwort notwendig, um Schaden von der Schule abzuwenden. Nach Beratung in der Schule und Klärung durch einen Juristen verfasste ich kurzfristig in meiner Eigenschaft als Schulleiter eine Gegendarstellung in Form eines Leserbriefes, der am darauf folgenden Tag in der Lokalzeitung erschien.

Leider war die Angelegenheit damit nicht erledigt. Es folgte meine Einbestellung ins Landesschulamt und die Anhörung aller Kolleginnen und Kollegen durch den Justiziar. Kollegium und Elternschaft waren über die Weiterungen des Vorfalls empört und solidarisierten sich ausdrücklich mit dem Verhalten der Schulleitung.

Die Schulaufsicht wurde in der Sache nicht weiter aktiv. Später wurde mir die Korrektheit meines Verhaltens offiziell bestätigt. Der Leiter einer Dienststelle hat sehr wohl das Recht, sich in Angelegenheiten seiner Dienststelle öffentlich zu äußern.

Mit der Übernahme der Leitung eines Gesamtschulversuchs erweiterte sich das Schulleitungsprofil um eine weitere Facette. Das Kultusministerium hatte den Schulversuch mit der Fragestellung nach der Leistungsfähigkeit des gegliederten Schulwesens und der Gesamtschule als schulartübergreifendes System übernommen. Damit war die Konkurrenzsituation gegeben, die in all den Jahren des Versuchs die bildungspolitische Debatte beherrschte und mit ihren interessebezogenen Urteilen und Vorurteilen vor allem die Gesamtschulen belastete. Es war daher auch naheliegend, dass die Schulleitungen der Gesamtschulversuche an den Inhalten und Verfahren der wissenschaftlichen Begleitung beteiligt sein wollten. Soweit sich die wissenschaftliche Begleitung auf die Gestaltung der Lehrpläne bezog, war eine enge fachliche Zusammenarbeit gesichert. Schwieriger gestaltete sich die Zusammenarbeit bei Vorhaben der Evaluation der unterrichtlichen und erzieherischen Arbeiten den Schulen. Diese Vorhaben waren zwar bekannt, wurden aber in ihren inhaltlichen Formaten nicht vorgestellt.

Das erste evaluierende Projekt lief unter dem Kürzel P.L.E.M. (Projekt Lernerfolgsmessung). Als das Testteam ohne sonderlich gute Terminabsprache morgens in der Schule erschien, um Testblätter zu verteilen und die Aufsicht in den Klassen zu übernehmen, erklärte die Schulleitung, dass der Test nicht durchgeführt wird, zumindest solange nicht, bis das Testvorhaben nicht in der Schulkonferenz vorgestellt würde.

Der Ärger im Ministerium war erheblich, und mit dienstlichen Konsequenzen musste ich rechnen. Es gab denn auch eine heftige Auseinandersetzung mit dem Leiter der Planungsabteilung des Kultusministeriums. Die konstruktive Konsequenz mündete in der Konstituierung der Projektleiterkonferenz. In dieser Konferenz waren die Projektleitungen und die Schulleiter der Gesamtschulversuche vertreten. Inhalte der relativ regelmäßig stattfindenden Sitzungen waren Planung, Inhalt und Verfahren der Evaluationsprojekte, die geplanten Erlasse, Prüfungsbedingungen für die Abschlüsse an Gesamtschulen und weitere die Gestaltung der Gesamtschulen betreffende Fragen. In diesem Gremium wurde auch kontrovers diskutiert, aber die Beschlüsse erfolgten in der Regel einvernehmlich. Die Vertreter der Integrierten Gesamtschule waren hartnäckig darauf bedacht, dass sich die Evaluationsprojekte nicht nur auf die Erhebung der kognitiven Fähigkeiten beschränkten, sondern vor allem auch die sozialen Bedingungen und Verhaltensweisen in die Evaluationen mit einbezogen. Insbesondere erwarteten die Schulen Anregungen und Hilfen für die Gestaltung von Unterricht und Erziehung. Diese Erwartungen wurden leider nur ansatzweise erfüllt. Eine unmittelbar an der schulischen Arbeit orientierte wissenschaftliche Begleitung gelang trotz der ständigen Forderung der

Versuchsschulen nicht. Dennoch waren die Projektgruppensitzungen die notwendige Institution, um Transparenz und Konsens zu sichern.

Nach Gründung der Gesamtschulversuche in Kiel und Elmshorn entwickelte sich eine durch die IGS Neumünster angeregte engere Kooperation. Zeitweise gelang ein jour fix der Schulleiter zum Austausch aktueller Probleme. Nachhaltigere Wirkung hatte die Idee des Tages der offenen Tür zeitgleich an den Versuchsschulen. Dieser Tag bot die Möglichkeit, dass die Lehrkräfte der Versuchsschulen sich gegenseitig über vereinbarte unterrichtliche und erzieherische Fragen austauschen konnten. Dieses Format übernahm das IPTS. Der gemeinsame Fortbildungstag der Gesamtschulversuche (GFT) war damit etabliert. Die inhaltliche und organisatorische Gestaltung übernahm nach Absprache mit den Schulen das IPTS.

Ein weiteres Format für Anregung, Erfahrungsaustausch und Fortbildung bot der Landesverband der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule (GGG). Die GGG gestaltete besondere Seminare für Eltern aus den Gesamtschulen, später auch für Schülerinnen und Schüler. Die Elternschaft der Gesamtschulen in ihrer Vertretung insgesamt, aber auch vor allem in der Vertretung als gewählte Schulelternbeiräte waren wichtige Verbündete für die Gesamtschulgestaltung. Die GGG bot den Eltern der Gesamtschulversuche eine Plattform für persönliche Begegnung, Absprachen und Handlungsmöglichkeiten. Die GGG war schließlich die gewerkschaftliche Interessenvertretung für die Gesamtschulen und in den späteren Jahren dann auch Verhandlungspartner gegenüber dem Kultusministerium.

Aus der Konkurrenzsituation hinsichtlich der Leistungsfähigkeit der Gesamtschulversuche gegenüber dem gegliederten Schulwesen und unter Berücksichtigung der zum Teil misstrauischen und argwöhnischen Beobachtung der Gesamtschulen durch einen eher konservativ gestimmten Teil der Gesellschaft musste es der IGS letztlich gelingen, bei der jährlichen Schüleraufnahme nach Möglichkeit die Leistungsbreite des gesamten vierten Jahrgangs der Grundschulen zu erreichen. Als Kriterium wurden dafür die Grundschulgutachten herangezogen. So fragwürdig solche Aufnahmekriterien auch sein mögen, sie waren für die damalige Außendarstellung wichtig.

Die Schulleitung der IGS Neumünster musste daher gewissermaßen als PR-Institution besondere öffentlichkeitswirksame Anstrengungen machen, um eine möglichst hohe Anzahl von Anmeldungen jährlich zu „generieren“ und möglichst eine ausreichende Anzahl von gymnasial empfohlenen Schülerinnen und Schüler. Die Schule entwickelte im Laufe der Jahre unterschiedliche

Informationsformate. Während des Verlaufs der zweiten Schuljahreshälfte fanden offene Besuchstage in der Schule statt, wurden Personalräte der Neumünsteraner Betriebe zu Informationsabende eingeladen, organisierte der Schulelternbeirat Informationsveranstaltungen für die Elternbeiräte der Grundschulen, gab es Podiumsdiskussionen mit Vertreterinnen und Vertretern der Neumünsteraner Wirtschaft sowie der Ratsversammlung.

Nicht nur durch Informationsveranstaltungen versuchte die IGS Neumünster öffentliche Aufmerksamkeit zu erreichen. Es gab im Laufe eines Schuljahres einige thematisch und adressatenbezogene wiederkehrende Veranstaltungen. Dazu zählte der Erfahrungsaustausch mit den Betrieben, bei denen die Schülerinnen und Schüler ihr Betriebspraktikum absolviert hatten. Ergänzt wurde die Runde durch die Elternvertreterinnen und -vertreter der IGS mit den Kreiselternbeiräten. Mancher Ausbildungsleiter konnte auf dieser Veranstaltung ein differenzierteres Bild von den heutigen Auszubildenden und der Notwendigkeit einer veränderten Betreuungskultur gewinnen. Zu diesen im Schuljahr festgelegten Terminen zählt auch das Türkisch-Deutsche Kulturfest als Anreiz für türkische Eltern, aktiv an der Gestaltung des Schullebens teilzunehmen und als Angebot, türkisches Zusammenleben und türkische Kultur kennen zu lernen. Für die Neumünsteraner Jugend richtete die SV das Treffen von Vereinen und Jugendverbänden aus. In der Zuständigkeit der SV lag auch der Offene Abend für die Neumünsteraner Jugend, eine nicht immer ganz einfach zu beaufsichtigende Veranstaltung, die vor allem dann gelang, wenn SV-Vertreter und Schulleitung zusammen die Aufsicht führten.

Ich habe hier die verschiedensten Entwicklungsbereiche und Aktivitäten des Schulversuchs „IGS Neumünster“ und der späteren „Angebotsschule IGS Neumünster“ im Wesentlichen dargestellt. 18 Jahre war ich dort zunächst als Koordinator und dann viele Jahre als Schulleiter tätig. Bei allen Konflikten, täglichen kleinen und großen Auseinandersetzungen, anstrengenden Anforderungen an Betreuung, hier und da falschen Entscheidungen und auch Enttäuschungen möchte ich während dieser Zeit meiner beruflichen Tätigkeit keinen Tag missen. Es war das pralle Leben mit täglich neuen Erfahrungen. Begeisternd war das große Engagement des Kollegiums und der Elternschaft. Bei allen Auseinandersetzungen blieb immer eine stabile Basis des Grundvertrauens bestehen, der Teamgeist in Schule und Elternschaft verhinderte jede Form der Fraktionsbildung. Die Schule war ein Ort ständiger Fortbildung und Garant für kreative Gestaltung und sie war bei allen widerständigen Bedingungen für mich ein geschützter Raum.

Dass ich den Beruf so hab` leben können, habe ich meiner Frau und meiner Familie zu danken, die in all den Jahren hinter mir standen und mir den Rücken frei hielten. Für diese Zeit meiner beruflichen Tätigkeit bin ich sehr dankbar.

Im März 2021

(final - W 23.3.)